

Vattenfall – Pannenfall: Ministerium muss handeln

Nach den neuesten Nachrichten,

- > dass es beim Anfahren von Brunsbüttel erneut zu Fehlbedienungen des Personals gekommen ist,
- > dass diese Tatsache trotz Nachfrage des Ministeriums eine Woche lang verschwiegen worden ist,
- > dass auch das Ministerium diese Nachricht erst zwei Tage nach Information durch den Betreiber an die Öffentlichkeit weitergeben hat,
- > dass der Reaktor in Krümmel durch „Missverständnisse“ des Personals schneller als geplant heruntergefahren wurde,
- > dass entgegen den vorigen Verlautbarungen sogar Rauch in den Leitwarte des Reaktors in Krümmel gedungen war und ein Mitarbeiter dort nur unter Atemschutz seinen Dienst fortsetzen konnte,
- > dass beim Brand des Transformators hochgiftiges Dioxin freigesetzt wurde,
- > dass die Bevölkerung darüber nicht informiert wurde und
- > dass diese Nachrichten vom Betreiber regelmäßig erst verspätet weitergegeben wurden,

erklärt der Fraktionsvorsitzende der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Karl-Martin Hentschel**:

"Wir haben es mit einer Serien von Pannen, technischen Störungen, menschlichen Fehlern und offensichtlicher Fehlinformationen der Öffentlichkeit zu tun, die ihres Gleichen sucht. Ich kann mich nicht erinnern, dass es schon jemals eine vergleichbare Pannenserie gegeben hat.

Jeder Taxi-Inhaber wäre nach solchen Vorfällen seine Lizenz los. Hier geht es aber um die Gefährdung von 10 Millionen Menschen in Norddeutschland.

1/2

Die Landesregierung muss sofort atomaufsichtlich tätig werden. Sie kann nicht weiter auf Informationen des Betreiber hoffen und auf geplante Gespräche mit dem Betreiber warten.

Es bestehen zunehmend Zweifel, ob das Ministerium seiner Rolle als Atomaufsichtsbehörde gewachsen ist.

Die Landtagsfraktion hat bereits einen Antrag in den Landtag eingebracht, der darauf abzielt, Vattenfall die Betriebsgenehmigung wegen Unzuverlässigkeit des Betreibers zu entziehen.

Mittlerweile ist jedoch anzunehmen, dass weitere folgende Gründe für den Entzug der Betriebsgenehmigung gegeben sind (Paragraf 7 Abs. 2 Punkte 1, 2 und 3):

- > Bedenken gegen die Zuverlässigkeit der für die Leitung und Beaufsichtigung des Betriebs verantwortlichen Personen,
- > mangelnde Fachkunde der für die Leitung und Beaufsichtigung des Betriebs der Anlagen Krümmel und Brunsbüttel verantwortlichen Personen,
- > mangelnde Kenntnisse der sonst bei dem Betrieb der Anlagen tätigen Personen über einen sicheren Betrieb der Anlage, die möglichen Gefahren und die anzuwendenden Schutzmaßnahmen,
- > mangelnde Vorsorge nach dem Stand von Wissenschaft und Technik gegen Schäden durch den Betrieb der Anlage.

Ich fordere deshalb:

- > die sofortige Stilllegung von Brunsbüttel bis zur Klärung aller Vorfälle,
- > die Einleitung des Verfahrens zum Entzug der Betriebserlaubnis,
- > eine ausführliche und vollständige Dokumentation aller Vorfälle,
- >- eine ausführliche und vollständige Dokumentation der möglichen und tatsächlichen Gefahren für die Bevölkerung und des Bedienungspersonals,
- > eine ausführliche und vollständige Dokumentation der Informationspolitik des Betreibers und des Ministeriums.

Die Grüne Landtagsfraktion wird ihren Landtagsantrag morgen entsprechend erweitern.

Ich erwarte jedoch, dass das Ministerium sofort handelt, und dann dem Landtag berichtet."
